

**Kantonsrat**

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 17. Juni 2025  
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

**P 250 Postulat Howald Simon und Mit. über die effektive und effiziente Anwendung der Infrastruktur-Sicherheitsinstrumente ISSI / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Guido Roos beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Simon Howald hält an seinem Postulat fest.

Simon Howald: Strassenverkehrsunfälle mit Personenschaden sind leider immer noch häufig. Die kürzlich veröffentlichten Daten von Lustat zeigen auf, dass im Jahr 2024 beispielsweise die Zahl der verunfallten Autoinsassen wieder deutlich zunahm. Im Rahmen des Verkehrssicherheitspaketes Via sicura hat das Parlament auf Bundesebene die Vorgaben für eine sichere Strasseninfrastruktur festgelegt. Um die Behörden beim Vollzug dieser anspruchsvollen Aufgaben angemessen zu unterstützen, hat das Bundesamt für Strassen (Astra) sechs Infrastruktur-Sicherheitsinstrumente entwickelt, deren Anwendung sowohl Strassenprojekte als auch bestehende Strassen sicherer macht. Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme aufzeigt, benutzt der Kanton Luzern bereits drei Sicherheitselemente, möchte sich jedoch offenbar nicht vollständig und umfassend an den vom Bund und anderen Kantonen eingesetzten sechs Infrastruktur-Sicherheitsinstrumente (ISSI) orientieren. Die Grünliberalen möchten darauf hinweisen, dass es sich explizit um einen Prüfauftrag und noch nicht um einen Umsetzungsauftrag handelt. Es soll geprüft werden, wie dieses Werkzeug sowohl auf den eigenen Strasseninfrastrukturen als auch auf jenen der Gemeinden effektiver und effizienter zur Anwendung gebracht werden kann. Dabei erwarten wir das Aufzeigen des vorhandenen Potenzials, der möglichen Herausforderungen, der zu erwartenden Wirksamkeit und der geschätzten Kosten. Der Kanton soll aus der Sicht der GLP eine aktiver Rolle einnehmen, wie das bereits einige Kantone umfassend tun. Es geht immerhin um die Sicherheit von Menschen, wenn nicht sogar um die Verhinderung von Verkehrstoten. Die komplette Umsetzung der ISSI würde außerdem die Transparenz und die Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen erhöhen. Im Weiteren könnten dadurch in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen Synergien genutzt werden – auch bei der Optimierung unter Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI). Lassen Sie uns die Sicherheit auf den Strassen im Kanton Luzern erhöhen – insbesondere im Umgebungsbereich von vulnerablen Personen – und unterstützen Sie bitte die Erheblicherklärung des Postulats.

Guido Roos: Mit dem Postulat wird gefordert zu prüfen, wie die zitierten Infrastrukturinstrumente des Astra auf Kantons- wie auch auf Gemeindestrassen wirkungsvoll angewendet werden können. Für die Mitte-Fraktion ist die Sicherheit aller

Verkehrsteilnehmenden ein wichtiges Anliegen. Kürzlich hat Lustat die Zahlen über Strassenverkehrsunfälle aus dem letzten Jahr veröffentlicht. Leider nimmt die Anzahl verletzter Personen zu. Folge dessen können wir feststellen, dass bei der Prävention im Strassenverkehr Optimierungspotenzial besteht. Wir können täglich Fehlverhalten beobachten. So gibt es beispielsweise Personen, die sich durch Geräte wie Handys usw. ablenken lassen. Aus diesen Überlegungen stützen wir die Stossrichtung des Postulats. Wenn passend sollen die neuen Instrumente des Bundes im Kanton Luzern gezielt zur Erhöhung der Sicherheit eingesetzt werden. Wir sind uns aber auch bewusst, dass der Kanton in dieser Frage bereits viele Massnahmen umsetzt und laufend weiterentwickelt. Auch das ist unserer Meinung nach richtig und wichtig. Allerdings stören wir uns alle an langen Planungs- und Bauprojekten im Kanton, die sogar laufend länger dauern. Diese Planungsprozesse für die Gemeinden und die weiteren beteiligten Akteure wollen wir nicht weiter verzögern und somit auch den Gemeinden keine weiteren Vorgaben machen. Der Kanton soll jedoch Gemeinden, die das möchten, bei der Umsetzung dieser sechs ISSI-Instrumente unterstützen. Im Sinn dieser Ausführungen beantragt die Mitte-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung. Wir bitten Sie, uns zu folgen.

Roger Erni: Der Regierungsrat beginnt seine Stellungnahme mit einem der wesentlichen Elemente, wenn nicht sogar dem wichtigsten, das uns von der FDP sehr gefällt, nämlich der Eigenverantwortung und dem Verhalten der einzelnen Verkehrsteilnehmenden. Führen Sie also Präventionsarbeiten durch und zeigen den Verkehrsteilnehmenden, wohin ihr eigenes Verhalten führt. Der Regierungsrat erklärt klar, dass sowohl der Bund wie auch der Kanton die Verkehrssicherheit und die ISSI engagiert wahrnehmen. Zudem werden die ISSI auf Kantonsstrassen bereits eingesetzt. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Gemeindeautonomie gewahrt werden soll. Zudem verfügt die Stadt Luzern bereits über eine solche Stelle, deshalb sollen Gemeinden wie Emmen oder Kriens und allenfalls auch kleinere Gemeinden einen eigenen Sicherheitsbeauftragten (SiBe) einstellen. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Sabine Heselhaus: Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Gesundheit ist es aus meiner Sicht unerlässlich, Verkehrspolitik stets evidenzbasiert und präventiv auszurichten, entlang des Leitprinzips «Health in All Policies» (HiAP). Das vorliegende Postulat fordert eine systematische Überprüfung und Weiterentwicklung der ISSI, um die Verkehrssicherheit insbesondere für vulnerable Verkehrsgruppen zu verbessern. Aktuelle Daten aus dem Kanton Luzern verdeutlichen den Handlungsbedarf. 2024 ereigneten sich 2079 Verkehrsunfälle, davon 1021 mit Personenschäden bei einer Unfalldichte von 2,4 pro 1000 Einwohner. Die Stadt Luzern weist die höchste Unfalldichte im Kanton auf, nämlich 2,9 Unfälle mit Personenschäden pro 1000 Einwohner. Besonders betroffen sind ältere Menschen und Kinder. Damit ist belegt, dass Fußgänger, Velofahrende –vor allem ältere – und Kinder zunehmend gefährdet sind, sowohl objektiv durch Unfallhäufigkeit als auch subjektiv durch Unsicherheit im öffentlichen Raum. Insbesondere Mischzonen und Knotenpunkte verursachen Unsicherheiten zwischen dem motorisierten Verkehr und vulnerablen Nutzern. Die Stellungnahme des Regierungsrates verweist zwar auf die bestehende Anwendung von ISSI, geht jedoch nicht auf folgende wesentliche Punkte ein: Wo, wann und in welchem Umfang wurde ISSI eingesetzt, besonders zugunsten gefährdeter Gruppen? Welche konkreten Auswirkungen haben diese Massnahmen auf die Unfallzahlen oder das subjektive Sicherheitsempfinden? Wie wird die flächendeckende Umsetzung in Stadt und Land gewährleistet? Welche Ressourcen und Koordination sind dafür notwendig? Aufgrund der aufgezeigten Sicherheitslücken und den statistisch belegten Gefährdungen stimmt die Grüne Fraktion der Erheblicherklärung zu.

Martin Waldis: Der Postulant fordert zu prüfen, wie die ISSI bei kantonaler wie auch gemeindeeigener Strasseninfrastruktur effizienter zur Anwendung gebracht werden können. Das Wort effizient lässt das Anliegen sympathisch erscheinen, egal von welcher Seite der Vorstoss stammt. Dabei soll mit dieser effektiven, effizienten Planung und Prüfung ein besonderes Augenmerk auf vulnerable Personen gelegt werden, namentlich bei Kindergärten, Schulhäusern und Altersheimen. Auch die SVP erkennt die Sicherheit als ein wichtiges und ernst zu nehmendes Gut, wenn es nicht ausartet und der gesunde Menschenverstand das Gespür für Achtsamkeit und ein menschliches Zusammenleben auf allen Ebenen neu erfunden wird. Die Regierung erkennt das Anliegen des Postulanten und sieht Optimierungsbedarf, der bei den betrieblichen Abläufen generiert und verbessert werden könnte. Die ISSS-Normen des Astra geben keinen Anlass, das Rad neu zu erfinden. Dabei erachten wir eine gute, nichtdiktatorische Zusammenarbeit mit den Gemeinden essenziell und eine Partizipation mit den zuständigen Verantwortlichen in den Gemeinden auf Augenhöhe als effizient und zielorientiert. Mit dieser Haltung ist die Ablehnung des Regierungsrates nachvollziehbar. Die SVP-Fraktion kann beruhigt der Empfehlung der Regierung folgen, was sonst nicht immer der Fall ist.

Marc Horat: Die Stellungnahme der Regierung lässt vermuten, dass auf den Luzerner Strassen alles in Wonne und in Ordnung ist. Deshalb erkennt die Regierung auch keinen Handlungsbedarf, um die sechs Empfehlungen des Astra konsequent umzusetzen und ruht sich auf ihren Lorbeeren aus. Gratulation, denn der Kanton belegt tatsächlich einen Spaltenplatz, leider nur nicht den, welchen man aufgrund dieser Stellungnahme meinen könnte, sondern einen auf der anderen Seite. Wenn man sich die Mühe macht und beim Bundesamt für Statistik nach den relevanten Zahlen sucht, zeigt sich nämlich ein etwas anderes Bild. Bei den Strassenverkehrsunfällen mit Personenschäden pro Einwohner steht der Kanton Luzern mit dem traurigen dritten Rang unter allen Schweizer Kantonen auf dem Podest. Nur die Kleinkantone Uri und Schaffhausen haben eine höhere Zahl. 2023 und 2022 zeigt sich das gleiche Bild. 2022 lag der Kanton Luzern sogar auf dem 2. Platz. Die Eigenverantwortung scheint hier nicht wirklich zu funktionieren. Es reicht offensichtlich nicht, nur eine Auswahl der ISSI umzusetzen und diese auch nur dort umzusetzen, wo es gerade genehm ist. In Politikersprache heisst das «bedarfsgerecht und gezielt». Ich zitiere: «Beim Einsatz der ISSI bilden Verkehrsunfalldaten eine zentrale Grundlage, da sie wertvolle Informationen über die Häufigkeit, die Ursachen und das Muster von Unfällen liefern.» Ich frage mich, ob wir hier von den gleichen Daten sprechen. Die Kantone, die alle ISSI-Massnahmen konsequent implementieren, stehen in der Unfallstatistik wesentlich besser da als der Kanton Luzern. Offensichtlich nehmen sie die Verkehrssicherheit auf den Strassen auch wirklich ernst. Besonders unverständlich ist für mich, weshalb das Network Safety Management (NSM) bei den Strassenprojekten nicht konsequenter mitgedacht wird. Ich zitiere: «[...] da ihr Nutzen für die vorhandenen Anwendungsfälle als geringer eingestuft werden: [...].» So lautet die Begründung. Die Stellungnahme widerspricht sich, weil das NSM genau diese Beurteilung auf Basis von Unfalldaten macht, die man weiter oben gelobt, bereits zu machen. Nochmals ein Zitat: «Das NSM dient der Sicherheitsbewertung des Strassennetzes. Auf Basis des Unfallgeschehens und der Verkehrsstärke werden Infrastrukturpotenziale von Strassenabschnitten bestimmt.» Das Weglassen des Road Safety Impact Assessment (RIA) ist aus Verkehrssicherheitssicht alles andere als eine umsichtige Planung, wo Projekte in einem grösseren Rahmen beurteilt werden. Das wäre für den Kanton aber auch für die Gemeinden zentral. Die Stellungnahme des Regierungsrates ist einfach nicht stimmig und verkennt die Realität auf den Luzerner Strassen. Die SP-Fraktion stimmt daher der Erheblicherklärung zu, damit der Kanton Luzern in Sachen Verkehrssicherheit

vielleicht auch einmal auf den richtigen Podestplätzen landet.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Sicherheit im Strassenverkehr ist für unseren Rat in jeder Hinsicht ein wichtiges Anliegen. Deshalb ist es wichtig, diese mit Infrastrukturmassnahmen hochzuhalten. Gestern haben Sie ein Projekt genehmigt und dabei die hohen Kosten kritisiert. Sicherheit kostet aber auch. Wo möglich wollen wir die Sicherheit verbessern. Diese Massnahmen müssen aber angemessen und zielgerichtet sein, denn wir haben auch die Aufgabe, mit Steuermitteln und öffentlichen Geldern haushälterisch umzugehen. Zu einem sicheren Strassenverkehr gehört aber auch das Verhalten aller Verkehrsteilnehmenden. Auch Guido Roos hat es angesprochen: Viele sind im Strassenverkehr abgelenkt, man bedient das Handy und fährt gleichzeitig Auto. Dieses Verhalten können wir auch mit den Audits nicht verbessern, sondern es liegt an uns, den Verkehrsteilnehmenden, mit unserem Verhalten auch die anderen zu schützen. Unser Rat unterstützt bereits heute die ISSI und setzt diese gezielt ein, auch aufgrund der Angemessenheit. Drei Instrumente werden heute regelmässig angewandt und der Kanton Luzern führt einen verantwortlichen SiBe, der auch im Austausch mit anderen Kantonen und den interessierten Gemeinden steht. Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (Vif) macht die Gemeinden regelmässig auf die ISSI aufmerksam, steht bei Fragen zur Verfügung und wenn möglich werden die bestehenden Instrumente auch kontinuierlich weiterentwickelt, denn auch die Bedürfnisse verändern sich. Es liegt ein Antrag auf teilweise Erheblicherklärung vor. Weshalb lehnen wir das Postulat aber ab? Wir sind der Meinung, dass wir mit den Instrumenten viel tun. Diese sollen und können weiterentwickelt werden. Aber wir sind nicht der Meinung, dass wir zusätzliches Personal einstellen müssen, um zusätzlich die Gemeinden zu beraten. Roger Erni hat erwähnt, dass es sich um eine Gemeindeaufgabe handelt. Die Stadt Luzern hat einen SiBe, die Gemeinden können gemeinsam weitere SiBe anstellen, wenn sie das wollen. Ich erinnere Sie an die gestrige Diskussion. Markus Bucher hat den Personaletat und das stetig steigende Personalwachstum kritisiert. Sie können mit diesem Vorstoss ein Zeichen setzen und neues Personal verlangen und wir müssen noch mehr Aufgaben übernehmen, auch für die Gemeinden. Dann müssen Sie das aber auch verantworten und bei der Priorisierung im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) entsprechend handeln. Ich bitte Sie daher, das Postulat abzulehnen. Es ist eine Tatsache, dass es immer mehr Verkehr und mehr Menschen gibt. Leider sinkt die Zahl der Unfälle nicht, sondern sie steigt. Aber das hat auch mit dem Mehrverkehr zu tun. Nichtsdestotrotz werden wir mit den bestehenden Ressourcen überall, wo wir können, möglichst viel Sicherheit schaffen, auch bei den Bau- und Sanierungsprojekten und den Sicherheitsprozess so fortführen. Zudem bitte ich Sie, auch die Gemeindeautonomie zu beachten. Mit zusätzlichem Personal, das die Sicherheitstechnik prüft, werden auch die Bauprozesse entlang von Kantons- und Gemeindestrassen zusätzlich belastet. Das kann ebenfalls zu Verzögerungen führen, die in der Regel bei Ihrem Rat nicht gut ankommen und die auch unser Rat nicht goutiert. Ich bitte Sie daher, das Postulat abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 74 zu 36 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 63 zu 46 Stimmen teilweise erheblich.